

ROTER STERN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands / Marxisten-Leninisten
45. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39034 Magdeburg * Nr.3/2011 1,-- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org



Aus dem Inhalt:

Gemeinsames Kommuniqué zur Vereinigung von AZ und KPD/ML.....	2-3
Das Kapital und seine "Bluthunde" (Faschos).....	4-6
Pyrrhussieg in Stuttgart.....	7
Kommentar zum Volksentscheid zu S 21- wie weiter?.....	8
So "geht" bürgerliche Demokratie.....	9-12
Zivilcourage.....	13
Envio-Umweltskandal in Dortmund.....	14
Euro-Krise IV: Demokratie ade?.....	15-16
Aufruf von Mikis Theodorakis.....	17-18
Nachruf für Genossen Friedrich.....	19
Angebote aus dem Vertrieb (Literatur u.a.).....	20
"Der unbekannte Krieg" - Dokumentarfilmreihe / Kanal rotersternmh bei YouTube.....	21-22



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands - Marxismus-Leninismus
45. Jahrgang * PF 35 11 02 in 39434 Magdeburg * Nr. 2/2011 1,- Euro
www.kpd-ml.org bzw. kontakt@kpd-ml.org

Vereint in einer Organisation!

Gemeinsames Kommuniqué der Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (ARBEIT ZUKUNFT) und KPD/ML

Die Mitglieder der Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands (im folgenden ARBEIT ZUKUNFT) und der KPD/ML (ROTER STERN) haben sich zu einer gemeinsamen Organisation zusammengeschlossen. Dies ist das Ergebnis einer mehr als drei Jahre dauernden solidarischen und kritischen, freundschaftlichen und guten Zusammenarbeit. Bei den den Einigungsprozess abschließenden gemeinsamen Gesprächen ergaben sich in den ideologischen und politischen Auffassungen beider Organisationen keine wesentlichen Unterschiede, die das Weiterbestehen zweier getrennter Organisationen vor der Arbeiterklasse rechtfertigen.

Die Arbeiterklasse in Deutschland steht in den letzten Jahren den schärfsten Angriffen der herrschenden Bourgeoisie, des Kapitals und des Staates seit der Zerschlagung des Nazi-Regimes gegenüber. Wir nennen nur die Agenda 2010 und die Abwälzung aller Lasten aus der gegenwärtigen Überproduktionskrise allein auf die Werktätigen. Die ArbeiterInnen und die anderen Werktätigen sind in dieser Auseinandersetzung in der Defensive und sehen sich zu ständiger Abwehr und immer wieder zu massiven Verlusten an ihren sozialen Rechten und Errungenschaften gezwungen!

Nicht nur im Abwehrkampf gegen diese Angriffe ist das Fehlen einer starken

- kommunistischen,
- den Interessen des Kapitals unversöhnlich gegenüberstehenden,
- von den Lehren des Marxismus-Leninismus geleiteten

Organisation eine entscheidende, die Kraft der ArbeiterInnen behindernde Schwäche. Sowohl ARBEIT ZUKUNFT als auch die KPD/ML haben seit vielen Jahren versucht, eine solche kommunistische Führung aufzubauen, sind sich aber dessen bewusst, dass sie den vom Klassenkampf gestellten Anforderungen dabei nicht gerecht werden konnten.

„Werdet euch erst mal selber einig!“ - das ist die Forderung, die von ArbeiterInnen, Angestellten, Erwerbslosen, von fortschrittlichen und revolutionär gesinnten Menschen immer wieder an unsere Adresse und an die zahlloser anderer sich als kommunistisch verstehender Gruppierungen gestellt wird. Mit ihrem Zusammenschluss wollen ARBEIT ZUKUNFT und KPD/ML dazu beitragen, diese Forderung aus der Arbeiterklasse zu erfüllen. Der Zusammenschluss wird unsere Arbeit verbessern, unsere Kräfte stärken.

Uns ist klar, dass auch das erst ein kleiner Schritt ist bei der Erfüllung der vom Klassenkampf an uns gestellten Aufgabe. Den von einer tatsächlichen kommunistischen Partei zu erledigenden Aufgaben werden wir auch nach unserer Vereinigung kaum ansatzweise gerecht werden können. Sowohl ARBEIT ZUKUNFT als auch die KPD/ML wissen, dass es auch außerhalb ihrer und anderer Organisationen unorganisierte, mit dem Sozialismus bzw. Kommunismus sympathisierende Menschen gibt, die durch die zahlreichen linken Gruppierungen verunsichert sind. Wir hoffen, dass wir diesen Menschen durch unseren Zusammenschluss mehr Zuversicht geben können.

Für uns ist auch klar, dass wir mit anderen sich

auf den Marxismus-Leninismus berufenden Organisationen zusammenarbeiten müssen. Dabei haben wir nicht nur das Ziel, bei konkreten Aktionen schlagkräftiger zu sein, sondern vor allem das Ziel des Zusammenschlusses.

Einen prinzipienlosen Zusammenschluss wollen wir nicht. Die alten Kommunistischen Parteien haben eine historische Niederlage erlitten, in den ehemals sozialistischen Ländern, wo, sie an der Macht waren, wie auch in den kapitalistischen Ländern. Wir erwarten in den weiteren Bemühungen um eine Einheit, dass aus diesem Scheitern - besonders auch aus der Niederlage bei den bisherigen Versuchen zum Aufbau des Sozialismus - schonungslose Konsequenzen gezogen werden: in Ideologie und Theorie, im politischen Programm und im Verhältnis einer Kommunistischen Arbeiterpartei zu den ArbeiterInnen und Werktätigen

Wir sehen die Ursachen für die Niederlage der sozialistischen Länder im Weiterbestehen kapitalistischer Muttermale bzw. in der unbewussten oder bewussten Neuherausbildung kapitalistischer Verhältnisse und ihnen entsprechender Klassenstrukturen. Ohne Kritik an der ideologischen

Vertuschung, ja Verklärung dieser Verhältnisse, ohne Kritik am Revisionismus und ohne Klarheit und Selbstkritik kein neuer Anlauf zum Sozialismus. Denn bei der Klärung des Vergangenen geht es uns um die Grundlagen für die Zukunft. Lernen, damit es nicht wieder schief geht!

„Ohne revolutionäre Theorie keine revolutionäre Bewegung!“ – Lenins Worte angewandt auf heute bedeuten nichts weniger als diese Aufgabe zu erfüllen.

Unsere nun vereinigte Organisation trägt den Namen „Organisation für den Aufbau der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands / ARBEIT ZUKUNFT“. Wir nehmen an, dass ein neuer, dritter Name zu mehr Verwirrung führt. Die beiden Zeitungen sollen weiter bestehen, allerdings mit unterschiedlichen Schwerpunkten. Die Zeitung ARBEIT ZUKUNFT soll so ausgerichtet sein, dass sie möglichst viele arbeitende Menschen erreicht, auch solche, die bisher dem Sozialismus bzw. Kommunismus noch nicht nahe stehen. ROTER STERN soll - mit wachsenden Kräften - als zukünftiges theoretisches Organ weitergeführt werden.

Für die Einheit der Marxisten-Leninisten!

Schon bald nach der Veröffentlichung dieses Kommuniqués gab es die ersten Glückwünsche von Einzelpersonen und von Organisationen, auch von ausländischen Bruderparteien, z.B. aus Dänemark, Norwegen und den USA. Für sie bedanken wir uns herzlich und hoffen, daß wir den in diesen Glückwünschen in uns gesetzten Hoffnungen entsprechen können.

Wir wünschen allen fortschrittlichen Lesern von ROTER STERN und ARBEIT ZUKUNFT ein gutes und politisch erfolgreiches neues Jahr - wir haben einen Tag mehr Zeit, nutzen wir ihn gut!

Impressum für diese Ausgabe:

ROTER STERN

Zentralorgan der KPD/ML

* * *

Herausgeber:

ZK der KPD/ML (v.i.S.d.P.)

* * *

**Kontakt zur Partei, zu Redaktion
und Vertrieb:**

**Postfach 35 11 02
39034 Magdeburg**

www.kpd-ml.org

und

kontakt@kpd-ml.org

* * *

Eigendruck im Selbstverlag

* * *

Ab dem Jahr 2012 erscheint diese Zeitung
in Zusammenarbeit mit
und unter dem Titel von

ARBEIT ZUKUNFT
mit geändertem Impressum

Das Kapital und seine "Bluthunde"

Erstaunlich ist es schon: Seit Tagen ist in der medialen Öffentlichkeit das Thema des Rechtsradikalismus und Terrorismus ein Hauptthema. Als ob die Medien gleichgeschaltet sind, überschlagen sich die Meldungen über den Terror der Neonazis in der BRD. Selbst "Bild" kämpft mittlerweile gegen den rechten Terror.

Politiker mischen mit, fordern ein Verbot der NPD

Jeden Tag erfahren wir neue Pläne, die gegen rechts wirken sollen.

Fast scheint es, die BRD will einen antifaschistischen Kampf beginnen, den sie doch seit ihrer Gründung immer abgelehnt hatte. Warum soll erst jetzt, 66 Jahre nach der Zerschlagung des nazifaschistischen III. Reiches, gegen Naziverbrecher vorgegangen werden?

Die aktuelle Kampagne der Herrschenden in diesem Land hat hauptsächlich etwas mit Ökonomie zu tun. Der Spiegel titelt: "Reaktionen auf Neonazi-Terror. Koalition fürchtet um Deutschlands Ansehen"

Wie kann eine Neonazi-Zelle mordend durchs Land ziehen? Und warum gibt es kaum öffentliche Solidarität mit den Opfern? Regierung und Opposition fürchten, dass der Ruf Deutschlands nachhaltig leidet - und wollen nun mit öffentlichkeitswirksamer Trauerarbeit gegensteuern. (...)"

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reinhard Höppner brachte es einst auf den Punkt: "Ausländerfeindlichkeit gefährdet Jobs. Wir müssen aufpassen, dass die Vorfälle nicht zu einer Gefahr für unseren Wirtschaftsstandort werden. Nicht die Ausländer gefährden unsere Arbeitsplätze, sondern die Ausländerfeindlichkeit".

Die Export- und Importgesellschaft BRD ist vom Ausland abhängig. Ihr Schaden diese offenen Neonaziterroristen.

Da sollen Ausländische Spezialisten ins Land kommen. Doch wer will schon in ein Land, in dem er seines Lebens nicht sicher ist?

Es sind die offen, terroristisch auftretenden Neonazis, die dem Staat heute Kopfzerbrechen machen. Wirtschaftsschaden, internationaler Ansehensverlust und ein schleichender Verlust ihres Gewaltmonopols.

Und noch etwas müsste beachtet werden: Es ist eine alte bürgerliche Masche, dass mit populistischen

Losungen bürgerlich-demokratische Rechte eingeschränkt bzw. beseitigt werden. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) will gefährliche Neonazis in einem neuen Zentralregister erfassen. Dort sollten "Daten über gewaltbereite Rechtsextremisten und politisch rechts motivierte Gewalttaten zusammengeführt werden".

Die Polizeigewerkschaft plädiert erneut für eine flächendeckende Sammlung aller Handy-Daten usw.

Hier zeigt sich der Januskopf

des bürgerlichen Kampfes gegen rechts

"Teile und herrsche"

Jahrzehntlang haben die Herrschenden den braunen Terror geduldet. Es nützt ihnen, wenn die arbeitenden Menschen zerstritten sind, wenn eine Nationalität gegen die andere gehetzt wird. "Teile und herrsche" lautet ihr Grundsatz. Im Moment geht ihnen der Terror zu weit, und deshalb will das Kapital seine "Bluthunde" vorerst an die Kette legen.

Die Neonazi-Morde in Deutschland sind "beschämend für unser Land" (Merkel)

Die heute entfachte Kampagne gegen Neonaziterror, die umfangreichen Veröffentlichungen über die Morde und Überfälle, Brutalitäten usw. hinterließen bei breiten Bevölkerungskreisen tiefe Abscheu.

Die arbeitenden Menschen haben ein Interesse an einem konsequenten Kampf gegen die Neonazis. Sie müssen daran interessiert sein, sich nicht spalten zu lassen, um nicht vom Kapital an die Wand gedrückt zu werden.

Im Kampf gegen die Neonazis werden wir nur dann etwas erreichen, wenn der Druck vor allem von den Belegschaften und GewerkschafterInnen, von der Straße, von den AntifaschistInnen, von Initiativen usw. ausgeht.

Wir sollten uns auf keinen Fall auf diese Herrschaften verlassen, ihnen nicht vertrauen, einen konsequenten Kampf gegen den Neofaschismus zu führen. Heute schreien sie "Kampf den Rechtsterror" – morgen aber rufen sie dann "dass Boot ist voll". Sie sind die Herrschenden dieser spätbürgerlichen Gesellschaft, aus deren Schoss immer wieder Faschismus hervorquillt. Erst die Trockenle-

gung dieses Sumpfes wird den Faschismus endgültig beseitigen. Dies ist aber erst in einer sozialistischen Gesellschaft möglich, in der der Faschismus mit all seinen ökonomischen und politischen Wurzeln beseitigt wird.

Gleiche politische und soziale Rechte für alle!

Artikel 139 des Grundgesetzes in Verbindung mit den Kontrollratsgesetzen, die zwischen 1945/46 von der Alliierten Militärregierung in Deutschland erlassen wurden, verbietet faschistische Organisationen. Danach müsste jede Bundesregierung seit 1949 gegen Neonazis aktiv vorgehen. **Sie ist dazu verpflichtet, faschistische Organisationen zu verbieten.**

Im Bericht der Bundesregierung an die UNO (31.7.1970) erklärte diese, "dass die von den Alliierten und deutschen Behörden zur Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus in Kraft gesetzte Gesetzgebung auch weiterhin in Kraft ist". Es geht also um die Durchsetzung eines bestehenden Verbots!

Trotzdem konnten seit Gründung der BRD die Neonazis aktiv ihre verbrecherische Politik betreiben. Eingeschritten ist der Staat gegen Neonazis nur, wenn er unter Druck geriet, wenn die demokratischen, antifaschistischen Kräfte stark genug waren, ihn dazu zu bewegen.

Rassismus gehört zum Wesen des Kapitalismus

Der Kapitalismus sprengt die nationalen Grenzen gründlicher als jedes andere Gesellschaftssystem vor ihm. Er exportiert Kapital, Waren und Menschen in alle Welt und schafft auf dieser Grundlage internationale Wirtschaftsräume wie die EU. Die imperialistischen Länder können ihre ökonomische Entwicklung nur mit Hilfe von Einwanderern sichern, so dass selbst die CDU inzwischen Deutschland als Einwanderungsland anerkennt, das es schon Jahrzehnte ist. Der Kapitalismus würgelt die Nationen durcheinander, greift die nationale Abgeschlossenheit an und hebt auf diese Weise das Kulturniveau. Der Kapitalismus fördert die Verbindung zwischen Nationen. Um die Konkurrenzfähigkeit zu steigern, muss das Kapital die Arbeitskräfte, die es ausbeutet, mehr motivieren. Der Rassismus aber trägt Unruhe in die Betriebe, stört die Entwicklung der Produktivkräfte und vermindert die Gewinne. Und mit offener deutscher imperialistischer Arroganz werden internationale Geschäfte schwieriger und ebenso

das Ziel, in Europa den Ton anzugeben. Die wütenden Attacken und Mordanschläge von Nazis auf Einwanderer sind reaktionär. Sie versuchen, Einwanderer zu vertreiben und Menschen nach Nationen zu trennen, obwohl die kapitalistische Entwicklung in die andere Richtung geht.

Nach wie vor ist der Kapitalismus aber auch die Grundlage des Rassismus. Jeder Kapitalist will zuallererst, dass sein Kapital vermehrt wird. Da gibt es keine Toleranz gegenüber anderen Nationen. Es entwickelt sich in Konkurrenz. Da geht es um Überleben, nicht um Menschlichkeit. Es strebt danach, Konkurrenten zu vernichten oder zu beherrschen, und nicht, sie zu respektieren. Der Profit-Egoismus der Konzerne und Banken ist die Basis des Nationalismus und damit eine Basis des Rassismus, der Überzeugung von der eigenen Überlegenheit und der Minderwertigkeit der Konkurrenten. Andererseits sind die Arbeitskräfte, die den Reichtum des Kapitals vermehren, Waren, die ebenfalls in Konkurrenz zueinander stehen. Das Kapital schürt tagtäglich die Konkurrenz, indem es die Arbeitskräfte verschiedener Länder gegeneinander ausspielt, u.a. die "teureren" deutschen Arbeitskräfte durch die "billigeren" ausländischen ersetzt. Diese Konkurrenz führt bei Arbeitskräften ebenfalls zum Wunsch nach Verdrängung des Konkurrenten. Und zwar umso mehr, je weniger die gemeinsamen Interessen aller Arbeiterinnen und Arbeiter, unabhängig von ihrer Nationalität, gegenüber dem Kapital, unabhängig von seiner Nationalität, im Mittelpunkt stehen. Das Kapital betrachtet Menschen nur unter dem Aspekt, ob sie Profite bringen. Für diejenigen, die das Kapital nicht braucht, will es möglichst wenig ausgeben. Das ist die Wurzel der Hetze gegen Arbeitslose, Obdachlose usw., die als Schmarotzer angesehen werden. Die Nazis sind nur die Vollstrecker. Ihr Hass knüpft daran an, dass letztlich die Erwerbslosen, aus Lohnabzügen der Arbeitenden finanziert werden.

Der Faschismus stützt sich auf den Egoismus der Lohnarbeiter, auf die Konkurrenz untereinander, nicht auf ihre kollektiven Interessen gegenüber dem Kapital. Der Kapitalismus produziert also umso mehr Rassismus, je mehr sich die Konkurrenz verschärft bzw. die ökonomischen Bedingungen für das Kapital und die arbeitenden Menschen verschlechtern. Weltoffenheit und Toleranz sind auf der Basis des Kapitals und der so genannten "Marktwirtschaft" nur in verkümmelter Form



möglich. Wenn die Vertreter der "Marktwirtschaft" nun gegen die Auswirkungen ihrer eigenen Wirtschaftsordnung kämpfen, sollen sie das ruhig tun. Je mehr sie das tun, desto mehr beweisen sie, dass das Kapital dem Ziel, den Rassismus zu bekämpfen, genauso im Wege steht wie dem vorgeblichen Ziel, Frieden zu schaffen, Bildung für alle zu erreichen oder die Arbeitslosigkeit zu beseitigen.

Alle konkreten Maßnahmen des bürgerlichen Staates, den Rassismus in Taten zu bekämpfen bzw. faschistische Organisation zu verbieten, sind positiv.

Auf dem Boden des Kapitalismus jedoch müssen sie inkonsequent bleiben. Selbst wenn alle faschistischen Parteien und die Äußerung faschistischer Ideen verboten würden, könnte die faschistische Ideologie selbst nicht verboten werden. **Ihr müsst die materielle Boden entzogen werden, der sie hervorbringt.** Wer den Rassismus besiegen will, der muss den Kapitalismus beseitigen wollen mitsamt der unerbittlichen Konkurrenz zwischen Menschen, die er erzeugt, der muss danach streben, dass Menschen als Menschen zählen und nicht nur als Ware Arbeitskraft, die auszubeuten ist. **Die "Theorie von der Ungleichwertigkeit der Menschen" ist ein Kernstück der Ideologie des Kapitals.** Kampf gegen den Faschismus ist deshalb ein Teil des Kampfs gegen den Kapitalismus.

Die Bundestagsparteien des Kapitals dagegen, die vorgeben, den Rassismus zu bekämpfen, kämpfen gleichzeitig für die Aufrechterhaltung der Bedingungen, die den Rassismus hervorrufen. Deshalb

haben sie auch Jahrzehnte gebraucht, um Forderungen in verstümmelter Form zu übernehmen, für die die fortschrittlichen Kräfte in Deutschland schon seit eh und je eintreten. Setzen wir sie unter Druck, damit sie soweit gehen, wie irgendmöglich.

Der Staat unterdrückt mit Hilfe von Polizei und Gerichten seit Jahrzehnten die Zivilcourage gegen Nazis. Wie viele Antifaschisten wurden festgenommen, verprügelt, zu Geldstrafen oder sogar Gefängnis verurteilt, weil sie

Veranstaltungen von Nazis verhindern wollten? Wie viele Demonstrationen gegen Nazis wurden vom Staat verboten?

Es gibt kaum eine Naziveranstaltung, die nicht von der Polizei massiv verteidigt wird. Verfassungsschutz und Geheimdienste überwachen und registrieren Gegner des Faschismus. Und der Staat finanziert die Naziparteien mit den Steuergeldern der Bürger, die er zur Entschlossenheit gegen Nazis auffordert. Das alles hat sich bis heute im Prinzip nicht geändert.

Wir brauchen Zivilcourage. Die aber ist letztlich eine Eigenschaft, die im Widerspruch zum Duckmäusertum steht, das das Kapital produziert. Das Kapital verlangt Unterordnung und bedroht Zivilcourage mit Existenzunsicherheit. Dasselbe macht sein Staat. Das alles produziert Gleichgültigkeit und Desinteresse. Zivilcourage ist gefragt, aber nicht nur gegen Nazis, sondern vor allem gegen das Kapital und seinen Staat. Ob die Politiker "Zivilcourage" haben, die sie von den Bürgern verlangen, das können sie beweisen, wenn sie die staatliche Förderung für Faschisten beenden. Tun sie es nicht, dann beweisen sie, dass sie den Faschismus als Hilfstruppe brauchen, der für das Kapital die Drecksarbeit erledigt.

Kampf gegen den Faschismus ist Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus!

Verbot aller faschistischer Organisationen!

Verbot aller faschistischen Propaganda und Betätigung!

Aufklärung der staatlichen Verbrechen beim Naziterror!

Auflösung des Verfassungsschutzes!

<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1771>

Stuttgart 21: Der Pyrrhussieg!

Montag, 28. November 2011

“Aber es gibt Niederlagen, die Siege sind; und Siege, verhängnisvoller als Niederlagen.” (Karl Liebknecht, 15.1.1918)

Zur Volksabstimmung haben die Befürworter von Stuttgart 21 mit allen ihren Mitteln geklotzt. Als erstes hatten sie viel Geld. So griff OB Schuster in die Stadtkasse für seine Pro-Propaganda. Sonntag aktuell veröffentlichte am Wahltag 2 Anzeigen für “Nein” auf S.1, ohne dass diese als Anzeigen gekennzeichnet waren. In allen Zeitungen gab es tagelang große Neinsager-Anzeigen. Dazu kamen Drohungen und Erpressung mit immer neuen, immer phantastischeren Schadenersatzforderungen. Neben den angeblichen 1,5 Milliarden für die Bahn, wollte auch OB Schuster auf einmal “Schadenersatz”, obwohl ja die Stadt beim Scheitern von S21 fast eine Milliarde zurückerhalten würde und sinnvoller anlegen könnte. Ramsauer drohte, dass dann halt gar nichts gebaut werde, auch nicht die Schnelltrasse nach Ulm. So wurde das Wahlvolk “demokratisch” eingeschüchtert.

Auch die Volksabstimmung zeigt: Das Geld regiert. Wir leben in einer Diktatur des Kapitals und seiner willfährigen Politiker. So lassen sich leicht “Siege” erringen.

Bald kommt der Katzenjammer!

Schon bald werden die ersten Hiobsbotschaften eintreffen:

- Milliarden Kostensteigerungen!

Wer soll das bezahlen? Jahrelanger Rechtsstreit darum? Lahmgelegte Stuttgarter Innenstadt.

- Riesenstaus in der Innenstadt durch die Baustelle, durch tausende LKWs, durch ständig neue Umleitungen. Die Innenstadt wird im Verkehr ersticken.

- Lärmbelästigung ohne Ende durch Riesenrammen, die den Untergrund abstützen sollen.

- Chaos bei der S-Bahn und bei den Zügen durch die Baustelle. Verspätungen für Berufspendler - Stress und Abhetzerei.

- Bei den ersten Häusern entstehen Schäden durch zusammenbrechende Hohlräume. Werden die Besitzer dann auch monatelang wie in Leonberg-Eltingen in ihren mehr als zwanzig kaputten Häusern ausharren müssen, bis Gutachter, Anwälte, Versicherungen, Bahn, Landesregierung usw. entschieden haben, ob das überhaupt ein Schaden durch S21 sei? In Leonberg-Eltingen werden die Familien Weihnachten und Neujahr in ihren kaputten Häusern verbringen, da die Entschädigung nach rund 6

Monaten noch nicht geklärt ist.

- Zerstörung des Schloßgartens - vielleicht sogar ohne jeden Sinn, wenn kurz darauf das Projekt wegen explodierender Kosten gestoppt wird?

- Zerstörung des Südflügels und Amputation des denkmalgeschützten Bahnhofes - vielleicht ebenfalls kurz vor dem “Aus” für das Wahnsinnsprojekt?

Und irgendwann werden die, die heute jubeln, eingestehen müssen, dass es nicht weitergeht. Sie werden dann ihre Hände in Unschuld zu waschen versuchen. “Das haben wir nicht gewußt!”, “Das konnte man nicht vorhersehen!”

Wollen wir solchen verantwortungslosen Gesellen das Schicksal Stuttgarts überlassen?

Deshalb:

Der Widerstand muss weitergehen, indem wir ihnen auf die Finger schauen, indem wir ihre Machenschaften aufdecken, indem wir einen neuen Anlauf suchen, um das Projekt zu Fall zu bringen. Wenn nicht heute, so morgen: Stuttgart 21 wird scheitern!

Dafür kämpfen wir alle gemeinsam weiter!

* * * * *

Nachtrag der RS:-Redaktion:

Der Pyrrhussieg des Juchtenkäfers...

Zunächst empfindet man die gar nicht klammheimliche Freude: ein kleiner Käfer kann den Bau des unsinnigen S21-Projekts um 3 Monate verzögern. Doch dann kommen Zweifel. Bis zur Durchführung des Volksentscheids war ein Baustop gefordert worden. Dagegen hatte die Bundesbahn argumentiert, jeder Tag Bauverzögerung koste Millionen €, die das Land zahlen müsse. Es ist abzusehen, daß auch ohne Juchtenkäfer die Kosten erheblich höher sein werden als blauäugig behauptet wird. Die grüne Landesregierung hätte dann einen Grund, diese höheren Kosten nicht zu zahlen. Nun hat sie aber eine feine Ausrede: den Juchtenkäfer! Für den kann die Bundesbahn nun wirklich nichts, also auch nichts für die durch ihn angeblich entstandenen höheren Baukosten. Da wird Herr Kretschmann aber froh sein - kann er doch nun grünen Gewissens weiterzahlen lassen, ohne sich an seine früheren Höchstkostengrenzen gebunden zu fühlen!

Gedanken nach dem Volksentscheid zu Stuttgart 21:

Zunächst einmal zur Frage "Wie weiter?"

Es hat eine demokratische Entscheidung gegeben, die wir zu akzeptieren haben, das heißt aber nicht, daß der Widerstand beendet ist. Er muß allerdings eine andere Ausrichtung bekommen, da die Bauarbeiten nicht mehr zu verhindern sind.

Schon während des Siegestaumels der Gegenseite noch am selben Abend zeichnete sich einiges ab. Der eine S21-Befürworter sprach vom Umpflanzen der Bäume, ein anderer nur Minuten später unwidersprochen vom Abholzen. Bei der "Schlichtung" wurde als ein Teilergebnis das Verpflanzen genannt, damit ergeben sich schon einmal die Notwendigkeit und das Recht, die Bäume zu verteidigen.

Des weiteren wurde und wird immer wieder von Bundesbahn-Grube behauptet, die Landesregierung sei verpflichtet, auch bei Überschreitung der geplanten Kosten den Bau im wahrsten Sinne des Wortes um jeden Preis voranzutreiben, denn so stünde es in den Vertragsvereinbarungen. Es mag sein, daß das so da drin steht, doch darüber wurde beim Volksentscheid nicht abgestimmt. Die Menschen, die sich für S 21 aussprachen, haben damit keinen Freifahrtschein für die Verschwendung von Steuergeldern erteilt. Dies sollte eine Ausrichtung des zukünftigen Widerstandes sein.

Gedanken zur "bürgerlichen Demokratie"

Deutsche Politiker betonen immer wieder, "andere" Länder würden "uns" um "unsere" Demokratie beneiden. Sie nennen dann selten Beispiele, doch gehören zu solchen "anderen" Ländern vor allem von Diktaturen bzw. Diktatoren beherrschte. Sie brauchen, um ihre Bevölkerung im Schach zu halten, Polizei- und Militärapparat und blicken voll Neid auf "unsere" Regierung, die das sozusagen mit der BILD-Zeitung erledigt (bzw. mit der bürgerlichen "repräsentativen Demokratie"). Westerwelle z.B. gurkt durch die Gegend und versucht nicht nur den neuen Machthabern in Libyen zu erklären, wie sie mit "unserer" Demokratie die bisherigen Rebellen bzw. die Bevölkerung im Zaum halten können, nachdem die die Waffen abgegeben haben.

Was braucht die Bourgeoisie, um ihre Ziele "demokratisch" durchzusetzen? Sie braucht die Macht (die hat sie), sie braucht Erfahrung (die hat sie) und sie braucht Zeit - die hat sie sich z.B. in Stuttgart verschafft.

Vor etwas mehr als einem Jahr hat die SPD einen Volksentscheid zu S21 beantragt - erstaunlich, denn die SPD war und ist für das Projekt. Hätten die Grünen dem Antrag damals zugestimmt, hätte die damalige Mappus-Regierung den Volksentscheid organisieren müssen - damals war die Stimmung in der Bevölkerung anders als heute und es hätte möglicherweise ein anderes Ergebnis gegeben. Die Grünen sind offiziell gegen S21, doch die übrigen Gruppen im S21-Widerstand haben da so ihre berechtigten Zweifel - die Grünen als Partei sind wohl

eher ein trojanisches Pferd in der Bewegung. Sie haben damals den Antrag der SPD abgelehnt, so daß es zu keinem Volksentscheid kam. Als Begründung ist mir lediglich bekannt, wegen bestimmter (?) Formulierungen hätten die Grünen dem SPD-Antrag nicht zustimmen können. Nun bin ich ja als bössartiger Mensch bekannt und argwöhne: hat die SPD den Antrag absichtlich so formuliert, daß die Grünen ihn ablehnen mußten/konnten? Damit wären ja beide Parteien vor ihren Wählern fein heraus gewesen...

Dann kam der "schwarze Donnerstag", d.h. er kam nicht, sondern er wurde durchgeführt. Die Polizei ging mit für viele bis dahin unglaublicher Brutalität gegen die friedliche Demonstration vor und prügelte so die Bereitschaft der zu Recht entsetzten Menschen zum "Dialog" herbei - die Bourgeoisie hatte so die von ihr benötigte Zeit gewonnen und sie seitdem, wie wir gemerkt haben, genutzt. Ich bin überzeugt davon, daß viele Menschen, die für das S21-Projekt gestimmt haben, vor einem Jahr noch dagegen gewesen sind. Sie haben resigniert, sich täuschen lassen usw. - da bedarf es wohl einiger Untersuchung, aber ich gehe davon aus, daß die dann etwas Ähnlicher zum Ergebnis haben wird. Schließlich wurden mit dem Abriß des einen Bahnhofflügels und dem "Ausweiden" des anderen schon unumkehrbare Tatsachen geschaffen und es wurde mit hohen Ausstiegskosten gedroht.

Kann das heißen, daß wir in Zukunft nicht mehr für Volksabstimmungen sein sollen? Das kann es meiner Meinung nach nicht heißen. Daß die Abstimmung um S21 erkämpft wurde, ist allein schon ein Erfolg. Bei S21 haben zwei Lager mehr als 16 Jahre miteinander gerungen, die hauptsächlich in Initiativen organisierten Gegner und das an der Macht befindende Kapital. Wen wundert es, daß in diesem Kampf letztlich (?) die Kapitalseite sich durchgesetzt hat? Da sehe ich es sogar als Erfolg an, daß mehr als 40 Prozent dagegen gestimmt haben.

Vor ziemlich genau 140 Jahren sangen die Pariser Kommunarden "Uns von dem Elend zu erlösen können nur wir selber tun!" Die Zeilen kennt jede(r) Linke, doch hat wirklich jede(r) die Bedeutung dieser Aussage verstanden? "Wir selber" - das sind nicht irgendwelche Repräsentanten, die von uns gewählt werden und dann an unserer Stelle - angeblich in unserem Sinne - Entscheidungen treffen, sondern das sind tatsächlich wir selber! Mit dem "höheren Wesen" im selben Lied ist nicht nur eine obskure Gottheit gemeint, die uns nicht rettet, sondern auch jedes gesellschaftlich "höhere Wesen"! Im Griechischen gibt es nicht nur bzw. aus dem Griechischen stammt nicht nur das Wort Demokratie, sondern auch das Wort "Laokratie", was soviel bedeutet wie Volksherrschaft... Um uns selber müssen wir uns selber kümmern!

(M. aus dem Ruhrgebiet)

So “geht” bürgerliche Demokratie...

“Papandreou kündigt ein Referendum über den Euro an”, so verkündeten die Ticker vor geraumer Zeit aus Athen. Schon schöpften viele Hoffnung, endlich doch mal zu diesem existenziellen Problem befragt zu werden und eine große Erleichterung wollte sich gerade breit machen, als die genaueren Ausführungen eiligst dazu nachgeschoben wurden und die sich just blähende Hoffnungsblase elend zum Platzen brachte.

In der bürgerlichen Demokratie bleibt das Volk draussen, eben ungefragt. Alles muss irgendwie demokratisch aussehen, aber die Macht bleibt bei uns (den Kapital-Besitzern). So funktioniert die repräsentativen Demokratie FDGO.

Bonner Notwehr: Vor 60 Jahren wurde die Volksbefragung zur Remilitarisierung verboten

Bundesinnenminister Robert Lehr (CDU) erwies sich in jenen für die Existenz der “freiheitlich-demokratischen Grundordnung” (FDGO) der BRD so bedrohlichen Apriltagen des Jahres 1951 auf der Höhe der Zeit. “Sollte ein (Bundes-)Land nicht in der Lage sein, durch seine Polizei mit den Staatsfeinden fertig zu werden, ist die Bundesregierung entschlossen, einen Antrag auf Einschreiten (...) entgegenzunehmen und die erforderlichen Folgerungen daraus zu ziehen.”

Nach dem von Nazideutschland entfesselten Zweiten Weltkrieg beschossen die Siegermächte auf der Potsdamer Konferenz 1945 die Entmilitarisierung Deutschlands.

Die imperialistischen Westmächte stellten bereits ein Jahr später erste Überlegungen an über eine Wiederbewaffnung der Westzonen im Rahmen eines westlichen, antikommunistischen Bündnisses. Noch vor Gründung der BRD setzte sich ein kleiner Kreis um Konrad Adenauer (CDU) für die Schaffung einer bewaffneten Truppe ein.

Bei der Wahl zum ersten Bundestag im Mai 1949 waren sich alle parlamentarischen Kräfte noch einig, dass es nicht zu einer Wiederbewaffnung kommen dürfe. Ende August 1950 wurde bekannt, dass Bundeskanzler Konrad Adenauer Geheimverhandlungen über einen “deutschen Wehrbei-

trag” in einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft mit den Westalliierten geführt hatte. In Unkenntnis von Kabinett, Parlament und Öffentlichkeit hatte er auf eigene Initiative dem US-Hochkommissar John McCloy ein entsprechendes “Sicherheitsmemorandum” überreicht. Der damalige Innenminister Gustav Heinemann (CDU) und spätere Bundespräsident trat aus Protest daraufhin zurück.

Schon im Mai 1950 war die Dienststelle Schwerin unter Führung des Nazi-Generals Gerhard Graf von Schwerin eingerichtet worden. Nach dessen Rücktritt im Oktober 1950 entstand daraus das Amt Blank. Die Aufgabe blieb die gleiche: Vorbereitung für den logistischen Aufbau einer Armee (“Vorbereitungen militärischer Maßnahmen”). Dabei machte man sich die “Osterfahrgang” von Nazi-Generälen wie Adolf Heusinger, Hans Speidel und anderen zunutze.

Gleichzeitig wuchs der Widerstand gegen die Remilitarisierung. Zunächst waren es vor allem Kriegswitwen, -waisen und -invaliden, die Protestbriefe schrieben und Versammlungen organisierten. Dieses Engagement mündete Ende 1950 in die sogenannte “Ohne-uns-Bewegung”. Neben der KPD, Teilen der SPD, den Gewerkschaften und der Frauenbewegung unterstützten die Kirchen die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung. Auf einem Treffen regionaler antimilitaristischer Gruppen in Essen wurde im Januar 1951 eine Volksbefragung zu Remilitarisierung beschlossen und in der Folge ein Hauptausschuss zur Durchführung gebildet.

Die Bundesregierung lehnte eine solche Befragung ab. Im April 1951 verbot Innenminister Robert Lehr (CDU), der Nachfolger Heinemanns, die Volksbefragung: Sie sei ein Angriff auf die verfassungsmäßige Ordnung und habe deren Beseitigung zum Ziel. “Wer an der kommunistischen Volksbefragung teilnimmt, gefährdet den Frieden und stellt sich in den Dienst des Bolschewismus”, so ein vom Ministerium für gesamtdeutsche Fragen herausgegebenes Plakat.

Die “Staatsfeinde”, die es da laut seiner Rede am 26. April 1951 im Bundestag fertigzumachen galt, waren Frauen und Männer aus allen Schichten der

Gesellschaft – Gewerkschafter, ehemalige Offiziere, der Rennfahrer Manfred von Brauchitsch, Christen, Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie hatten auf einem Friedenskongreß in Essen Ende Januar 1951 einen “Aufruf an alle Deutschen” zur Durchführung einer Volksbefragung im Monat April verkündet und die dazu notwendigen Gremien, ein Präsidium und einen 80köpfigen Hauptausschuß gebildet. Angesichts der von der Bundesregierung betriebenen Vorbereitungen zur Bildung einer neuen Armee sollte dem Volk diese Abstimmungsfrage vorgelegt werden:

“Sind Sie gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?”

Diese Volksbefragung wurde zur ersten großen Nagelprobe der Auseinandersetzung um die Wiederbewaffnung. Protagonisten waren die nach dem Weltkrieg rasch wieder erstarkten Monopole, die ihre ökonomische durch militärische Macht sichern wollten, und die übergroße Mehrheit der deutschen Bevölkerung, die sechs Jahre nach dem Massensterben “Nie wieder Krieg” wollte. Eingebunden war der Friedenskampf in das Ringen um die deutsche Einheit

Trotz millionenfacher Zustimmung zur Volksbefragung wurde diese verboten. Im Sommer 1951 folgte das Verbot der FDJ, bereits 1950 waren 12.000 KommunistInnen und Linke aus dem Staatsdienst entfernt worden. Ersetzt wurden sie aus den Reihen der 160 000 ehemaligen Nazi-Beamten, die durch das berüchtigte 131er-Gesetz wieder in ihre alten Rechte eingesetzt worden waren. Im November 1951 folgte der Verbotsantrag gegen die KPD. Front gegen die Friedensbewegung hatte auch von Anfang an die SPD gemacht.

Die Wiederbewaffnung Westdeutschlands war undemokratisch und konnte nur gegen Willen der Bevölkerung durchgesetzt werden

Und: Wenn gegenwärtig manche sich empören über mangelhaftes Demokratieverständnis von Wladimir Putin: Ist es in Deutschland wirklich besser? 70 - 80 % der Bevölkerung sind gegen den 10-jährigen Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan, im Bundestag wird er mit 80%iger Mehrheit beschlossen.

Zur Erinnerung: **"Alle Gewalt geht vom Volke**

aus." (Artikel 20, Abs. 2 des Grundgesetzes) "Aber wo geht sie hin?" fragte schon Bertolt Brecht.

Übrigens: Die Aufzählung ist nicht ganz vollständig: Es fehlen noch eine Reihe wichtiger Entscheidungen, die gegen den deutlichen Willen der Bevölkerungsmehrheit vom Bundestag verabschiedet wurden:

Remilitarisierung der BRD

Beitritt zur NATO (1955)

Wiedereinführung der Wehrpflicht und Schaffung der Bundeswehr (1956)

Notstandsverfassung

Die Stationierung neuer Mittelstrecken-Atomraketen in der Bundesrepublik 1983

Die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien 1999

Einführung des Euro (2002)

Einschränkung der Unverletzlichkeit der Wohnung mit dem sogenannten großen Lauschangriff

Die Beteiligung am Krieg gegen Afghanistan 2001 bis heute

Die Entsendung der Bundeswehr in 10 Staaten außerhalb der Bundesrepublik

Auch diese Liste ließe sich noch ergänzen.

Gemäß Art. 146 GG verliert das Grundgesetz seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die vom deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen wurde. Einen Aufruf, eine derartige Verfassung zu beschließen, enthält das Grundgesetz jedoch nicht. Der ursprüngliche Text der Präambel wies dem Grundgesetz bis 1990 als Aufgabe zu, “dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben”. Die Präambel alter Fassung wurde abgeschlossen mit dem Satz “Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.”

In der Umformulierung infolge des Einigungsvertrages von 1990 wurde festgestellt, dass “sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben” habe. “Die

Deutschen in den Ländern haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.“

Als der frühere Bundespräsident Köhler offen den verfassungswidrigen Zustand beschrieb, dass die Bundeswehr nicht das Territorium unseres Landes, nicht unsere Freiheit und Verfassung, sondern ganz primitiv wirtschaftliche Interessen “verteidigt”, musste er gehen.

In dieser sogenannten FDGO wurde die Volksmeinung immer ignoriert. Die entscheidenden und wichtigsten Beschlüsse wurden gegen das Volk durchgesetzt. Angefangen mit der Gründung der BRD 1949, dem Grundgesetz usw. Die Mehrheit des Volkes war dagegen. Im Bundestag wurden die Beschlüsse durch medienwirksame Shows (CDU-SPD) trotzdem durchgesetzt.

Noch ein paar Erläuterungen:

Wie breit die Forderung nach einem anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in der Bevölkerung verankert war, mag auch die folgende, kaum bekannte Tatsache beleuchten:

Der Artikel 41 der hessischen Landesverfassung lautet noch heute:

Artikel 41. Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden

1. in Gemeineigentum überführt: der Bergbau (Kohlen, Kali, Erze), die Betriebe der Eisen- und Stahlerzeugung, die Betriebe der Energiewirtschaft und das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen,

2. vom Staate beaufsichtigt oder verwaltet, die Großbanken und Versicherungsunternehmen und diejenigen in Ziffer 1 genannten Betriebe, deren Sitz nicht in Hessen liegt.

Auch ein Aussperrungsverbot enthält die hessische Landesverfassung noch heute.

Diese Verfassung wurde 1946 in einer Volksabstimmung mit 76 %iger Mehrheit bestätigt. Nach Intervention der amerikanischen Besatzungsmacht gegen den Artikel 41 wurde über diesen nochmals gesondert abgestimmt. Die Bevölkerung bestätigte wieder trotz enormer Agitation der Amerikaner, aber auch konservativer Kräfte gegen diesen Artikel mit 72 % dafür. Daraufhin wurde die Umsetzung des Artikels zunächst durch die Amerikaner verboten. Nach Inkrafttreten des Grundgesetzes

wurde der Artikel nach dem Prinzip “Bundesrecht bricht Landesrecht” faktisch außer Kraft gesetzt, obwohl eigentlich Artikel 15 u 16 des GG dies sehr wohl erlauben würden.

Eine vergleichbare Abstimmung gab es in Ostdeutschland in Thüringen und Sachsen, wo die Verfassung dann tatsächlich auch umgesetzt wurde.

Die Vorläufigkeit des Bonner Grundgesetzes

geht aus der ursprünglichen Fassung der vom “Parlamentarischen Rat” verabschiedeten und von den Ländern angenommenen Fassung hervor. Darin heißt es unter anderem, das deutsche Volk habe in den damals bestehenden Ländern, “um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben”, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen. Das gesamte deutsche Volk bleibe (jedoch) aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Und in seinem Art. 146 ist festgeschrieben:

“Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.”

Dieses ehrene Gebot hätte spätestens bei der Wiedervereinigung erfüllt werden müssen, indem eine neue Bundesverfassung der unmittelbaren Abstimmung durch das Volk zugeführt würde.

Das ist nicht geschehen!!

Vielmehr hat der Bundestag, ohne die Wähler überhaupt zu befragen, mit ziemlicher Dreistigkeit selbst die Präambel geändert und behauptet, die Deutschen in den nunmehr gesamten Bundesländern hätten “in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet”; damit gelte dieses Grundgesetz für das gesamte deutsche Volk.

Und geradezu skrupellos fand auch eine Änderung des Art. 146 statt, wonach dieses Grundgesetz nach Vollendung der Einheit und Freiheit für das gesamte deutsche Volk gelte. Aber gleichwohl bleibt die elementare Feststellung gültig: Das Grundgesetz “verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist”.

Eine solche Volksentscheidung ist dem deutschen Volk jedoch bisher vorenthalten worden.

Strategie

Kriegs- und Nachkriegsziele 1914 und 1943

- zwei Dokumente

9. September 1914:

Kriegsziel-Richtlinien des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg zu Händen des Staatssekretärs Clemens von Delbrück:

“Es ist zu erreichen die Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen und eventuell Italien, Schweden und Norwegen. Dieser Verband, wohl ohne gemeinsame konstitutionelle Spitze, unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muß die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren.”

(Reinhard Opitz: Europastrategien des deutschen Kapitals 1900 bis 1945, Pahl Rugenstein Nachfolger, Bonn 1994, Seite 217)



Nichts gelernt: Nazisoldaten in Verdun

9. September 1943:

Entwurf für eine Denkschrift des Auswärtigen Amtes über die Schaffung eines “Europäischen Staatenbundes”:

Die Lösung der europäischen Frage kann nur auf föderativer Basis herbeigeführt werden, indem die europäischen Staaten sich aus freiem, der Einsicht der Notwendigkeit entsprungenen Entschluß zu

einer Gemeinschaft souveräner Staaten zusammenschließen. (...) Es wäre politisch zweckmäßig, wenn die Gliedstaaten als ordentliche Vertreter im Staatenkongreß die Regierungschefs, als deren ständige Stellvertreter die Außenminister, bestimmten. Dagegen wird es für die wirtschaftliche, kulturelle und berufliche Zusammenarbeit besonderer ständiger Organe bedürfen. Auf wirtschaftlichem Gebiet ist ein ständiger europäischer Wirtschaftstag zu bilden, der sich aus allen Gliedstaaten zusammensetzt (...) z. B. für die Behandlung der europäischen Wirtschaftsprobleme unter dem Gesichtspunkt der Blockadefestigkeit, die Regelung des Warenaustausches nach dem Grundsatz der europäischen Präferenz gegenüber den außereuropäischen Ländern mit dem späteren Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes, europäisches Zentralclearing und feste innereuropäische Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion. (...) Der europäische Staatenbund wird aber nicht in der Lage sein, fruchtbare Gemeinschaftsarbeit zu leisten, wenn es an einer Führung fehlt, deren Aufgabe es sein muß, die nationalen Interessen der Gliedstaaten zu einer höheren Einheit zu vermitteln.

(Reinhard Opitz, ebenda, Seiten 959, 964/965)



Leider nicht nur eine Glosse:

Zivilcourage...

Immer wieder wird Menschen vorgeworfen, daß sie wegsehen oder nur gaffen, wenn andere Menschen in Not sind. Solche Fälle gibt es leider immer wieder, doch erfreulicherweise gibt es auch Menschen, die sich dann anders verhalten. In letzter Zeit gingen eine Reihe von Beispielen durch die Medien, in denen Menschen ohne Rücksicht auf die eigene Gesundheit, ja, sogar ohne Rücksicht auf das eigene Leben anderen bedrohten Personen zu Hilfe kamen.

Auf ein Beispiel für solch ein selbstloses Verhalten wollen wir hier eingehen. Es wurde kaum bekannt, da die Stadt, in der es stattfand, in den letzten Jahren wegen ganz anderer Dinge in den Schlagzeilen stand - da geht so etwas schon mal unter...

Zwei zwar ältere, doch immer noch rüstige Frauen (jede von ihnen könnte Deine Oma sein!) waren eines Abends auf dem Heimweg, als sie einen Haufen von Männern gewahrten, der sich über einen halbwüchsigen Jugendlichen hermachte. Die Männer hatten ihn gefesselt, so daß er sich kaum rühren konnte; dennoch verlangten die an Zahl und Kräften weit überlegenen Männer mit drohenden Worten und entsprechenden Gesten, das junge Opfer solle voranlaufen. Das konnte der Jugendliche aber beim besten Willen nicht.

Die beiden älteren Damen waren empört und ließen sich durch die Übermacht des Männerhaufens auch nicht einen Augenblick einschüchtern. Sie forderten die Männer auf, die brutale Behandlung des Jugendlichen sofort zu beenden. Da kamen sie aber schlecht an! Sie wüßten ja gar nicht, was der getan hätte, wurden die beiden angefahren. "Egal, was er getan hat - so behandelt man keinen Menschen!" beharrten die beiden Damen. Die Folge war, daß die Männer nun auch über die Frauen herfielen, sie zu Boden rissen, festhielten - na ja, zumindest die eine der beiden Damen hatte noch recht gute Zähne, das bekam einer der Männer dann auch zu spüren...

Wir bewundern den Mut der beiden alten Damen, die sich nicht einschüchtern ließen durch eine große Zahl von zur Gewaltanwendung bereiten Männern, die den beiden eher zierlichen Damen auch an Muskelpaketen weit überlegen waren. Wir hof-

fen, andere Menschen nehmen sich an ihnen ein Beispiel. Einen Preis für ihr mutiges Verhalten oder vielleicht gar den Ehrentitel "Bürgerinnen des Monats" werden die beiden wohl nie erhalten; im Gegenteil, sie wurden von dem Männertrupp sogar vor Gericht gezerrt - der erste Prozeßtermin im Dezember war so gut besucht, daß er in einen größeren Raum verlegt werden mußte, der dann für das Publikum allerdings immer noch nicht ausreichte. Heiterkeit gab es, als eine der Damen - eher zierlich - sich neben den Muskelprotz stellen mußte, den sie angegriffen haben soll. Heiterkeit im Publikum gab es nicht, als sich herausstellte, daß Entlastungszeugen gar nicht erst geladen worden waren; auch eine Videoaufzeichnung des Vorfalls war merkwürdigerweise verschwunden - ein Schuft, wer Böses dabei denkt! Zu Anfang Januar wird der Prozeß fortgesetzt werden, dann angeblich auch mit den Entlastungszeugen.

Wir sind überzeugt davon, daß die beiden Damen sich auch durch eine Verurteilung nicht davon abhalten lassen werden, in einer ähnlichen Situation wieder so mutig zu handeln - sie sind eben unbelehrbar menschlich...

Ach ja, eine Sache müssen wir noch nachtragen: bei der Männergruppe handelte es sich um ein Trupp von Polizisten. Was heißt hier "das habe ich mir schon gedacht!" Na, Du hast vielleicht eine Vorstellung von unserer Polizei! Du solltest doch wissen, daß es Situationen gibt, in denen Zivilcourage strafbar ist, nämlich die, in denen Zivilgehorsam gefordert wird!



**Solidarität
ist unsere
stärkste Waffe!**

**Rote
Hilfe**

www.rote-hilfe.de

zentrales spendenkonto: kontakt:

rote hilfe e.v.
konto 191 100 462
postbank dortmund
blz 440 100 46

rote hilfe bundesgeschäftsstelle
postfach 3255, 37022 göttingen
fon: (0551) 770 8008
fax: (0551) 770 8009

PCB-Skandal in Dortmund - ENVIO vergiftet Menschen und Umwelt



Aus Transformatoren entweichender PCB-Staub bei Envio

PCB ist die Abkürzung für "Polychlorierte Biphenyle"; das sind zwei miteinander verbundene Benzolringe, bei denen eine unterschiedliche Anzahl von Wasserstoff-(H-)Atomen durch Chlor ersetzt sind. PCB greift die Leber an, die Nieren, das Nerven- und das Immunsystem, es ist krebserregend, es zählt zum "dreckigen Dutzend", d.h. zu den 12 giftigsten organischen Giftstoffen; sie wurden durch die Stockholmer Konvention im Mai 2001 weltweit verboten. Seine Herstellung und Anwendung war zuvor schon 1989 verboten. PCB-abbauende Bakterien gibt es kaum, da es sich um künstlich hergestellte Verbindungen handelt. Bis in die 80er Jahre wurde PCB vor allem in Transformatoren und elektrischen Kondensatoren verwendet, außerdem als Weichmacher in Lacken und Kunststoffen.

Der Kupferpreis schnellte in den letzten Jahren in ungeahnte Höhen. Hier sah Envio-Chef Dirk Neupert, dem gute Beziehungen zu Politik und Verwaltung nachgesagt werden, die Möglichkeit, "auf schnelle Art und Weise reich zu werden." (Michael Müller, PCB-Gutachter bei der UNO) Kupfer ist z.B. enthalten als Spulen in alten Transformatoren; deren Ausschachtung nahm sich Envio vor. Die Transformatoren erhielt die Envio aus dem größten Giftmüllgrab der Welt, der unterirdischen Deponie im Salzstock Herfa-Neurode und später mit wohlwollender Vermittlung durch die Bezirksregierung Arnsberg auch aus Kasachstan.

"Intakte Umwelt, gesunde Natur - Grundlage unseres Lebens" behauptete Envio in einem Werbefilm. "Eine Gefährdung der Mitarbeiter beim Versuchsbetrieb und danach können wir daher sicher ausschließen", behauptete Envio noch im September 2008. Dirk Neupert, Chef des "Vorzeigebetriebs", erhielt im Dezember 2009 sogar den Ökopreispreis der Stadt Dortmund, überreicht vom NRW-Umweltminister Uhlberg. Die Wirklichkeit sah anders aus. In einem der größten Umweltskandale in Deutschland wurden 51 Beschäftigte - viele von ihnen als Leiharbeiter auf 7,50-€-Basis - vergiftet, außerdem in vielen Fällen ihre Frauen und Kinder, z.B. durch nach Hause zum Waschen mitgebrachte Arbeitskleidung - bis heute über 360 Menschen. Bei einigen von ihnen wurden PCB-Werte gefunden, die um das 400fache über der Norm liegen. Envio behauptete, ein Verfahren zu haben, um alte Transformatoren ordnungsgemäß zu entsorgen, und erhielt 2005 von der Bezirksregierung Arnsberg für 6 Monate die Genehmigung für einen Probetrieb. Schon im selben Jahr wurden

im Gemüse der Kleingartenanlage "Hafenwiese" erhöhte PCB-Werte "unbekannter Herkunft" gemessen. Danach machte Envio bis 2010 einfach illegal weiter.

Michael Müller weist darauf hin, daß die Beschäftigten "nur mit Vollschutz (hätten) arbeiten dürfen... (In Halle 1) ist grob fahrlässig gegen jede Vorschrift verstoßen worden." Der PCB-Staub war in der ganzen Halle verteilt, die Absauganlage oft defekt, und damit der Gestank abziehen konnte, waren dauernd die Hallentore geöffnet. Beschäftigte berichten, daß sie keine wirkliche Schutzkleidung erhielten und über die Gefahren nicht informiert wurden. Staubmasken erhielten sie nur auf Anfrage und wurden dann noch blöde angemacht, wofür sie die denn bräuchten. Eine ursprünglich geplante Absauganlage wurde nicht gekauft - sie hätte etwa 250.000 € gekostet, so viel war die Gesundheit und das Leben der Beschäftigten offenbar nicht wert. Es gab eine Warnanlage (airTOX-Gas-Photometer), die 2008 über Monate hinweg zu hohe Werte anzeigte - nach Aussagen der Beschäftigten wurde sie dann manipuliert und warnte seitdem nicht mehr; Störungsprotokolle sind merkwürdigerweise verschwunden...

Im Mai 2010 wurde der Envio-Betrieb in Dortmund endlich geschlossen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun gegen den Firmeninhaber und drei weitere Personen, sie ermittelt nicht gegen die Bezirksregierung in Arnsberg. Dort hat niemand irgendwelche Konsequenzen zu befürchten, obwohl rechtzeitig Informationen und Anzeigen wegen der Zustände bei Envio in Arnsberg vorlagen. Sogar die polnische Regierung wußte Bescheid - sie untersagte den Transformatoren-Transport von Kasachstan über ihr Gebiet; Bescheid wußte auch die Landesregierung in Thüringen. Nur die in Arnsberg wußten angeblich nichts; kleinlaut geben sie jetzt, wo es für viele Menschen zu spät ist, zu: "Die Bezirksregierung hätte vielleicht (! - RS-Red.) besser handeln können, aber das ist nicht mehr zu ändern." Sie zieht sich hinter die Ausrede "zu wenig Personal" zurück... Vertreter der Bezirksregierung hatten nur einmal eine vorher angekündigte (!) Betriebsbegehung gemacht, da war dann erstaunlicherweise nichts zu bemängeln... Die Gewerkschaft veranstaltete nach der Schließung eine Informationsveranstaltung, zu der auch lahme Vertreter der Bezirksregierung erschienen. Ihnen warf ein ehemaliger Envio-Mitarbeiter an den Kopf: "Hätten Sie eher reagiert, wäre dieser Kollege gesund und sein Kind!"

(Die wesentlichen Informationen zu diesem Artikel stammen aus dem Film des WDR "Grünkohl, Gifte und Geschäfte" von Boris Baumholt, Daniela Becker und Nadja Kerschke-wicz; er ist bei YouTube zu sehen.)



<http://www.arbeit-zukunft.de/index.php?itemid=1753>

Eurokrise IV: Demokratie ade?!

Dienstag, 1. November 2011

Stoppt die Diktatur des Kapitals, Stuttgart 15.10.11, Occupy wallstreet

“...die Politiker haben nicht leichtfertig gehandelt. Sie wissen, dass die große Krise mit den traditionellen Regeln der Demokratie kaum noch zu lösen ist. Demokratie braucht Zeit, ein bisschen wenigstens, Demokratie lebt vom öffentlichen Ringen um den richtigen Weg... Das Problem ist, dass auch der gesamte Bundestag nicht mehr tun kann als abzunicken, was anderswo beschlossen worden ist. Er ist nicht mehr der Souverän.” so Kommentator Stefan Geiger in der Stuttgarter Zeitung am 29.10.2011 (S.3).

Klarer hätten wir die Zerstörung selbst der eingeschränkten bürgerlichen Demokratie durch das Finanzkapital nicht darlegen können. Ein bürgerlicher Journalist bestätigt – ohne es zu wollen – Lenin: Dieser schrieb vor knapp hundert Jahren, der Imperialismus, dieses höchste Stadium des Kapitalismus treibe in die Reaktion und setze an die Stelle bürgerlicher Demokratie eine Diktatur des Finanzkapitals. In der Krise ist die bürgerliche Demokratie schon länger zerstört worden. Schon bei der Immobilien- und Bankenkrise wurden in Nachtsitzungen Beschlüsse über Zig-Milliarden-Pakete gefällt. Beteiligt waren Bankmanager, eine Handvoll Politiker und Beamte – eben der engste Krisenstab des Kapitals. Das Parlament? Das durfte die Beschlüsse abnicken. Und die Parlamentarier? Sie lassen sich willig zu Marionetten degradieren. Sie wissen, wo die Macht wirklich ist.

Richtig sagt der Kommentator der Stuttgarter Zeitung, dass das Parlament nicht mehr der Souverän sei. Er weicht aber der Frage aus, wer denn dann jetzt der “Souverän”, also der Herrscher ist. Er propagiert, so sei es halt nun, die Sachzwänge müssten zur Kenntnis genommen werden. Schicksal nimm Deinen Lauf!

Doch wir stellen die Frage nach dem Souverän! Und die Antwort ist einfach: das Finanzkapital, dieser Zusammenschluss aus monopolistischem Industriekapital mit dem Bank- und Börsenkapital, mit Spe-



kulanten, Hedgefonds und der gesamten so genannten “Finanzindustrie”. Dieses Konglomerat und dessen Führungsriege diktieren den Regierungen die Maßnahmen. Die Regierungen dürfen sie umsetzen und die Parlamente dürfen sie abnicken. Bei über 2 Billionen Euro Staatsschulden Deutschlands und einer durchschnittlichen Laufzeit von 5 Jahren bei Staatsanleihen muss jede deutsche Regierung jedes Jahr rund 400 Milliarden Euro neu am Kapitalmarkt, also beim Finanzkapital aufnehmen. Ohne das Finanzkapital wäre dieser Staat innerhalb weniger Monate Pleite. Es ist klar, dass da keine Regierung, kein Parlament “Souverän” sein kann. Sie sind Bettler, Marionetten, Handlanger!

Dies trifft im Übrigen auch dann zu, wenn innerhalb dieses Systems die Linkspartei oder gar Kommunisten an die Regierung kämen. Sie könnten gar nicht so regieren, wie sie

wollen. Sie wären ebenfalls Bettler, Marionetten und Handlanger. Alle Konzepte der Rettung innerhalb dieses Systems sind daher Täuschung und Illusion. Ändern kann man nur etwas, wenn das System geändert wird, wenn das Kapital entmachtet und enteignet ist.

Viele Menschen verlangen, dass den Banken und der “Finanzindustrie” ihre Wahnsinnszockerei staatlicherseits einfach verboten wird. Die Herren dieser Branche selbst malen dann die Milliardenverluste aus all ihren geplatzten Geschäften an die Wand. Sie bestreiten, dass dann überhaupt noch gewirtschaftet, produziert, verteilt würde, dass überhaupt Warenaustausch funktionieren würden. Eigentümer großer Kapitalien und Grundbesitzer klagen, sie würden pleitegehen, weil ihre Zins- und Profitforderungen an Mieter, Pächter, an ihre Unternehmen nicht mehr bedient würden und sie Milliarden Ausfälle erleiden würden. Sie drohen mit dem Ende der Wirtschaft. Deswegen stellen ganz normale Menschen heute

wieder die Frage nach dem Sozialismus! Menschen, die einfach bemüht sind, von ganz normaler Arbeit zu leben und damit die Produktion und Distribution, die Güterversorgung ganzer Gesellschaften sicherstellen, stellen die Frage, zu was dieses ganze private Ausbeuterkapital nütze sei. Es ist zu nichts anderem mehr nütze, als dessen Besitzer reich zu machen. Deswegen kann und muss es enteignet werden. Damit beginnt die "Entmachtung des Kapitals". Aber die Macht, die Staatsmacht, die dies vollbringen kann, die müssen die arbeitenden Menschen in einer gesellschaftlichen, politischen, sozialen und ökonomischen Revolution der Gesellschaft selber schaffen. Sie müssen diese Staatsnacht schaffen, die die Leitung der gesamten Produktion und Verteilung in die Hand nehmen und rational und planvoll leiten kann. Das, was heute die Staatsmacht bildet, all die Behörden, die auf Unterdrückung der einfachen Menschen gerichtete Polizei, die auf Aggression getrimmte Militär- und Armeeführung, sie alle sind verfilzt und

verflochten mit den Kräften des Kapitals, des Finanzkapitals. Sie werden despotische Maßnahmen gegen das Kapital nie durchführen, sondern mit allen Mitteln verhindern. "Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun!" heißt es in der Internationalen!

Deshalb geht die Welt heute wieder mit der Revolution gegen das Kapital und seine Macht schwanger! Das eine lohnenswerte Perspektive, auch wenn dieser Weg noch so schwer und steinig wird.

Die Herrschenden fürchten das. Deshalb lassen sie in New York die "Occupy-wallstreet!"-Bewegung zusammenknüpfeln, deswegen tritt auch uns "unsre" Polizei jedesmal höher gerüstet gegenüber, wenn wir kämpfend, protestierend und demonstrierend auf die Straßen gehen.

* * * *

Ein Tip von Friedrich Engels:

Die materialistische Anschauung der Geschichte geht von dem Satz aus, daß die Produktion, und nächst der Produktion der Austausch ihrer Produkte, die Grundlage aller Gesellschaftsordnung ist; daß in jeder geschichtlich auftretenden Gesellschaft die Verteilung der Produkte und mit ihr die soziale Gliederung in Klassen oder Stände sich danach richtet, was und wie produziert und wie das Produzierte ausgetauscht wird. Hiernach sind die letzten Ursachen aller gesellschaftlichen Veränderungen und politischen Umwandlungen zu suchen nicht in den Köpfen der Menschen, in ihrer zunehmenden Einsicht in die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern in Veränderungen der Produktions- und Austauschweise; sie sind zu suchen nicht in der *Philosophie*, sondern in der *Ökonomie* der betreffenden Epoche. Die erwachende Einsicht, daß die bestehenden gesellschaftlichen Einrichtungen unvernünftig und ungerecht sind, daß Vernunft Unsinn, Wohltat Plage geworden, ist nur ein Anzeichen davon, daß in den Produktionsmethoden und Austauschformen in aller Stille Veränderungen vor sich gegangen sind, zu denen die auf frühere ökonomische Bedingungen zugeschnittene gesellschaftliche Ordnung nicht mehr stimmt. Damit ist zugleich gesagt, daß die Mittel zur Beseitigung der entdeckten Mißstände ebenfalls in den veränderten Produktionsverhältnissen selbst - mehr oder minder entwickelt - vorhanden sein müssen. Diese Mittel sind nicht etwa aus dem Kopf zu *erfinden*, sondern vermittels des Kopfes in den vor-

liegenden materiellen Tatsachen der Produktion zu *entdecken*.

...

Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Tätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittelst ihrer unsere Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen - und gegen dies Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Verteidiger - solange wirken diese Kräfte sich aus, trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziierten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst der Menschen wirkenden Feuers...

(aus: *Friedrich Engels: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft, 3. Kapitel [1882]*)

Dokumentation:

Aufruf von Mikis Theodorakis "Wir bitten Sie um Solidarität in Ihrem eigenen Interesse!"

16.10.11

An die empörten Bürger Griechenlands und Europas

Wir begrüßen die Zehntausenden, sogar Hunderttausenden von Bürgern, vor allem junge Menschen, die sich auf den Plätzen aller großen Städte versammelt haben, um ihrer Empörung Ausdruck zu verleihen im Gedenken an das Memorandum (Rahmenvereinbarung zwischen der griechischen Regierung, EU, IWF und der EZB, seit Mai 2010 unterzeichnet und dann regelmäßig erneuert), und den Abschied der Regierung der Schande und aller politischen Mitarbeiter zu fordern, die dem öffentlichen Wohl dienen sollten und denen es gelungen ist, Griechenland zu zerstören, zu plündern und zu versklaven. Anstatt ins Parlament gehören diese Leute alle ins Gefängnis.

Wir begrüßen die erste Generalversammlungen, die in den Zentren unserer Städte stattfinden, und die direkte Demokratie, die die neuartige Bewegung der Jugend zu entdecken sucht. Wir begrüßen die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes, welche Demonstrationen, Streiks und Besetzungen begonnen haben, um einen Staat zu verteidigen, der, statt einer Auflösung im Rahmen des IWF, eine Verbesserung und eine radikale Reform verzweifelt benötigt. Durch ihre Proteste verteidigen die Arbeiter der Hellenic Postbank, der National Elektrizitäts-Regie und der Gesellschaft der öffentlichen Lotterie- und Sport-Wetten, das Erbe des griechischen Volkes, das die ausländischen Banken, mittels ihrer Marionetten-Regierung in Athen, zu plündern gedenken.

Der beispielhafte Pazifismus dieser Demonstrationen hat gezeigt, dass, wenn Polizei und Provokateure keinen Befehl erhalten, einzugreifen, das Blut nicht fließen. Wir appellieren an die griechische Polizei nicht die Instrumente der dunklen Kräfte zu werden, die auf alle Fälle versuchen wollen, zu einem gewissen Moment die Jugendlichen und Arbeitern blutig zu unterdrücken. Ihr Platz, ihre Pflicht und ihr Interesse ist es, an der Seite des griechischen Volkes, der Proteste und der friedlichen Forderungen, an der Seite Griechenlands zu stehen, und nicht an der jener dunklen Kräfte, die ihre Politik der jetzigen Regierung diktieren. Ein Jahr nach der Abstimmung über das Memorandum, scheint alles sein Scheitern zu beweisen.

Nach dieser Erfahrung ist nicht mehr die geringste Illusion gestattet. Der Weg, den die Regierung eingeschlagen hat und auch weiterhin einschlägt, unter der

Aufsicht von Banken und ausländischen Unternehmen, von Goldman Sachs und seinen Mitarbeitern in Europa, führt Griechenland in die Katastrophe. Es ist unerlässlich, dass dies sofort aufhört, es ist unerlässlich, dass sie das Land sofort verlassen. Tag für Tag, offenbaren ihre Praktiken wie gefährlich sie für dieses sind. Es ist erstaunlich, dass der Generalstaatsanwalt noch nicht gegen den Minister für Wirtschaft und Finanzen, nach dessen jüngsten Aussagen über die drohende Insolvenz und das Fehlen von Haushaltsmitteln, eingegriffen hat. Warum hat er nicht eingegriffen in Reaktion auf die Äußerungen des Präsidenten des Bundesverbandes der Arbeitgeber der Industrie und der griechische EU-Kommissarin Mari Damanaki über ein Verlassen des Euro? Warum hat er nicht gegen den Massenterrorismus eingegriffen, mit dem eine bankrotte Regierung unter dem Diktat der Troika [EU - IWF - EZB], wieder einmal versucht, das griechische Volk zu erpressen? Durch ihren Katastrophismus, ihre tragische Anspielungen und alles, was sie erfinden und quasseln, um die Griechen aufzuschrecken, ist es ihnen gelungen, unser Land in der Welt zu demütigen und es tatsächlich an den Rand des Bankrotts zu bringen. Wenn ein Geschäftsmann in der gleichen Weise spräche, wie dies der Premierminister und seine Minister tun, wenn sie von Griechenland reden, würde er sich sofort wegen schwerer Unterschlagung hinter Gittern wiederfinden.

Wir wenden uns auch an die europäischen Völker. Unser Kampf ist nicht nur der Griechenlands, er strebt ein freieres, unabhängigeres und demokratischeres Europa an. Glauben Sie Ihren Regierungen nicht, wenn sie behaupten, dass euer Geld dazu dient, Griechenland zu helfen. Glauben Sie nicht die groben und absurden Lügen der kompromittierten Zeitungen, die Sie überzeugen wollen, dass das Problem von der sogenannten Faulheit der Griechen herkommt, währenddem, nach den Daten des Europäischen Statistischen Instituts, diese mehr arbeiten alle anderen Europäer! Die Arbeiter sind nicht verantwortlich für die Krise; der Finanzkapitalismus und die Politiker in ihrem Boot, sie sind es, die sie verursacht haben und sie ausnutzen. Ihre Programme "Rettung von Griechenland" helfen nur den ausländische Banken, und gerade denjenigen, die mittels Politikern und Regierungen in ih-

rem Sold, das politische Modell aufgezwungen haben, das zur aktuellen Krise geführt hat.

Es gibt keine Alternative zu einer radikalen Umstrukturierung der Schulden, nicht nur in Griechenland, sondern in ganz Europa. Es ist undenkbar, dass Banken und Kapitaleigner, die die Verantwortung für die gegenwärtige Krise tragen, nicht einen Cent zahlen, um den Schaden den sie angerichtet haben, gutzumachen. Es darf nicht sein, dass Banker sein, der einzige sichere Beruf auf der Welt ist!

Es gibt keine andere Lösung als das aktuelle europäische Wirtschaftsmodell zu ersetzen, das entwickelt wurde, um Schulden zu erzeugen, und zu einer Politik der Ankurbelung der Nachfrage und der Entwicklung zurückzukehren, zu einem Protektionismus, der mit einer drastischen Kontrolle der Finanzen versehen ist. Wenn die Staaten sich nicht auf den Märkten durchsetzen, so schlucken diese sie auf, zusammen mit der Demokratie und den Errungenschaften der europäischen Zivilisation.

Die Demokratie wurde in Athen geboren, als Solon die Schulden der Armen gegenüber den Reichen stornierte. Man darf heute nicht zulassen, dass die Banken die europäische Demokratie zerstören, um riesige Summen aus ihnen herauszupressen, die sie selbst als Schulden generiert haben. Wie kann man vorschlagen, dass ein ehemaliger Mitarbeiter von Goldman Sachs die Europäische Zentralbank führen soll? Welche Art von Regierungen, welche Art von Politikern haben wir in Europa?

Wir bitten Sie nicht, unseren Kampf aus Solidarität zu unterstützen, nicht, weil unser Land die Wiege von Platon und Aristoteles, Perikles und Protagoras, der Konzepte von Demokratie, Freiheit und Europa war. Wir bitten Sie nicht um eine besondere Behandlung, weil wir als Land eine der schlimmsten Katastrophen in Europa in den 1940er Jahren erlitten haben und wir vorbildlich gekämpft haben, dass der Faschismus sich nicht auf dem Kontinent etabliert hat.

Wir bitten Sie, es in Ihrem eigenen Interesse zu tun. Wenn Sie heute die Opferung der griechischen, irischen, portugiesischen und spanischen Gesellschaft auf dem Altar der Schulden und die Banken zulassen, wird bald die Reihe an Ihnen sein. Sie werden nicht auf den Ruinen der europäischen Gesellschaften gedeihen.

Unsrerseits sind wir spät dran, aber wir sind aufgewacht. Lasst uns zusammen ein neues Europa bauen; ein demokratisches, wohlhabendes, friedliches, das seiner Geschichte, seinen Kämpfen und seines Geistes würdig ist. Widerstehen Sie dem Totalitarismus der Märkte, die drohen, Europa zu zerschlagen und in eine Drittwelt zu verwandeln, die die europäischen Nationen gegeneinander aufwiegeln und unsern Kontinent

zerstören, indem sie die Rückkehr des Faschismus fördern.

Deutsche Übersetzung: Guy Wagner

<http://de.mikis-theodorakis.net>

Initiativ Aufruf zur Unterstützung der Familie von Dimitris Kotzaridis

Am Donnerstag, dem 20. Oktober 2011, führten die Auseinandersetzungen während der Athener Großdemonstration vor dem griechischen Parlament zum Tod des 53jährigen PAME-Gewerkschafters Dimitris Kotzaridis. Der Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft im Athener Stadtviertel Vironas verstarb im Verlaufe der Provokationen von staatlich organisierten Gruppen gegen die Großdemonstration der organisierten Arbeiterschaft Athens. Dabei wurden weitere Gewerkschafter der PAME geschlagen und erheblich verletzt. Mit alle Mittel versuchen provokative Elemente in anarchistischem Outfit und von der griechischen Polizei gesteuert die Arbeiterschaft in Straßenkämpfe zu verwickeln, um die Demonstration zu zerschlagen und sie in der öffentlichen Meinung zu diskreditieren. Die griechische Regierung mit ihrer kapitalhörigen Politik trägt die Verantwortung für das volksfeindliche Handeln ihrer polizeilichen Machtbasis und ihrer "Agent Provocateurs".

Wir haben die Verpflichtung im Rahmen der internationalen Solidarität sowie im Geiste der klassenbewußten Arbeiterschaft und des kämpfenden Volks in Griechenland, zu helfen.

Das Spendengeld kommt direkt der Familie von Dimitris Kotzaridis zu Gute.

Spenden bitte überweisen auf folgendes Konto:

Peter Wydany

Stichwort: Spende für Familie Kotzaridis

Bankverein Werther

BLZ 480 219 00

K-Nr.: 10 89 10

Anmerkung der RS-Redaktion:

Wir unterstützen diesen Spendenaufruf, denn unabhängig von der Notwendigkeit, der betroffenen Familie zu helfen, ist es auch politisch wichtig, ein Zeichen zu setzen. Schließlich sind es in vorderster Linie deutsche Banker und Politiker, die an der Strangulierung des griechischen Volkes beteiligt sind.

Wir trauern um Genossen Friedrich

Am 15. Dezember 2011 verstarb im Alter von 75 Jahren nach langer Krankheit Genosse Friedrich. Hier einiges aus seinem Leben:

Ein kleines Dorf im damaligen Ostpreußen, nach der Machtübertragung an die Nazis... Ein Auto rast mit weit überhöhter Geschwindigkeit durch die Straßen des Dorfes, am Steuer ein Vertreter des Nazi-Regimes. Im Weg steht ihm eine Dorfbewohnerin - doch nicht lange. Zurück bleiben ein Vater und sieben

Kinder. Der Nazi ist nie zur Rechenschaft gezogen worden - er war ja unterwegs "im Dienst des Vaterlands."

Eines der nun als Halbweisen heranwachsenden Kinder war Friedrich. Er kam nach dem Krieg nach Westdeutschland und arbeitete bei Hoesch in Dortmund, gleichzeitig besuchte er das Abendgymnasium und machte das Abitur nach. Unter dieser Doppelbelastung litt schon damals seine Gesundheit, aber er gab nicht auf - eines seiner hervorragenden Merkmale. Eine damalige Mitschülerin erinnert sich noch heute an Friedrich: *"Ohne ihn hätte ich aufgegeben und die Schule abgebrochen, doch er ermutigte mich und andere, durchzuhalten. Daß ich es damals geschafft habe, habe ich ihm zu verdanken."*

Friedrich begann in den Sechziger Jahren das Studium in Münster, ging aber bald nach Berlin. Am Abendgymnasium hatte er die Literatur von Bert Brecht kennengelernt, sie war entscheidend für seinen weiteren Lebensweg. Er selbst schrieb in einem Brief: *"Ich sage immer, ich sei Schüler von Brecht und Enver Hoxha, d.h. daß bei mir fast alle ihre Bücher usw. vorhanden sind und gelesen werden."* In Berlin studierte er Landwirtschaft, und das zu einer Zeit, als die 68er Bewegung deutliche politische Signale setzte. Es ist klar, daß Bert Brecht als Vorbild und die antikapitalistischen Aspekte im Aufbegehren der 68er sich bei Friedrich ergänzten. Er arbeitete unermüdlich auch praktisch für die



Beseitigung der Mißstände dieses Gesellschaftssystems. So ging er für etwa ein halbes Jahr nach Kenia, um dort die Entwicklung der Landwirtschaft durch Errichtung von Bewässerungsanlagen zu unterstützen. Entsetzt war er dabei von dem, was er von der offiziellen "Entwicklungshilfe" mitbekam: teure Erntemaschinen verrotteten im Straßengraben, während die Menschen die Ernte nach wie vor mit der Sichel einbrachten. Mit den komplizierten Maschinen,

die ihnen von "Helfern" zur Verfügung gestellt wurden, konnten sie nichts anfangen, denn sie konnten sie nicht bedienen, sie konnten mangels Schulbildung keine technischen Anleitungen lesen, Benzin bzw. Strom gab es kaum...

Zurück in Deutschland arbeitete Friedrich in verschiedenen Initiativen mit. Ein Hauptanliegen war ihm dabei, zur Überwindung der Zersplitterung der linken und sozialistischen bzw. kommunistischen Bewegung beizutragen. Hierfür setzte er sich unermüdlich ein und ließ sich weder durch Rückschläge noch durch seinen immer schlechter werdenden Gesundheitszustand davon abbringen. Soweit es seine Kräfte erlaubten, nahm er an Veranstaltungen, Diskussionsrunden, Seminaren usw. teil. Unterbrochen wurde das nur durch die leider immer häufiger notwendig werdenden Krankenhausaufenthalte. Doch kaum wieder halbwegs hergestellt, nahm er erneut am politischen Leben teil. Auch jetzt - Mitte Dezember - hatte er noch Pläne für die nächste Zeit "draußen" - doch zu ihrer Verwirklichung sollte es leider nicht mehr kommen.

Eine Woche nach seinem Tod fanden in Dortmund auf dem Ostfriedhof die Trauerfeier und die Beisetzung statt. Wir zitieren aus der Rede während der Trauerfeier einen Satz, der eigentlich alles über Friedrich aussagt und den sich hoffentlich viele Menschen zum Leitspruch machen:

"Er hat in seinem Leben für andere mehr getan als für sich selbst."

Gemeinsamer Nachruf von

KPD A Ortsgruppe Dortmund und der Organisation für den Aufbau einer kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands, **Arbeit Zukunft**

Aus unserem Vertrieb:



Die oben abgebildeten Musiksammlungen, Reden und Texte sind als CD erhältlich. Jede **Einzel-CD** kostets **5 €**, jede **Doppel-CD** **8 €**, die DVD "Aus dem Alltag im sozialistischen Albanien" **3 €**, jeweils einschließlich Porto.

Außerdem als CD erhältlich:

* **Dokumente von Enver Hoxha und Josef Stalin**

Reden von Ernst Aust auf CD:

(Privatmitschnitte mit Klangmängeln)

* = neu im Angebot

1976: **Rede auf dem 3. Parteitag der KPD/ML**

1979: **"Sozialismus in der Krise?"**

1979: **Von Stalin lernen heißt siegen lernen (Doppel-CD)**

1980: **Zum Antikriegstag ***

1981: **Deutschland darf kein Schlachtfeld werden (Friedensplan der KPD/ML, Doppel-CD) ***

1982: **Das wahre Gesicht des realen Sozialismus ***

1982: **Gegen Sozialabbau und Rüstungswahn (zum 1. Mai) ***

1982: **15 Jahre Roter Morgen**

Preis: **5 €**, Doppel-CD **8 €**/ alle **8 Reden für 25 €**

Als Broschüre für jeweils 2 € erhältlich sind:

* **Waltraud Aust:** Der 17. Juni 1953 aus der Sicht einer Kommunistin

* **Herbert Polifka:** Wie die DDR zur BRD kam

Sozialistische Albanische Hefte 1/2004, 2/2006, 3/2009

Ernst Aust: Die Jugend wird den Kampf entscheiden (Auszüge aus der Rede 1975)

Aktuell: Zionismus - Todfeind der Völker

Aktuell: Der Intellektualismus und dessen Verhältnis zur proletarischen Partei und Revolution

Kampf für die Befreiung der Frau

Bestellungen bitte an:

H. Polifka, Postfach 35 11 02

39034 Magdeburg

Bankverbindung: **Commerzbank Marl, K-Nr.: 613145200**

BLZ 360 400 39, Kennwort GEWISO

(Aufgrund schlechter Erfahrungen mit "Genossen" erfolgt die Lieferung nach Eingang der Zahlung)

Wieder aufgelegt:

KPD/ML: Die Wahrheit über Stalin (Broschüre, 3 €)

Neu: 1968-2008 - 40 Jahre KPD/ML bzw. KPD Preis: **4 €** incl. Porto

“The Unknown War” - "Der unvergessene Krieg"



Für Hollywood-Star Burt Lancaster, der selber in der Dokumentar-Serie mitwirkte, ist sie "das unglaublichste Filmwerk aller Zeiten", sowjetische Publizisten nennen sie "einen Meilenstein in der Kinogeschichte". Die DDR nannte ihre eigene deutsche Fassung der Serie "**Die entscheidende Front**". Das "Jahrhundertwerk des Weltfilmschaffens" ("Neues Deutschland")

Die Westdeutschen zauderten mit dem Ankauf, das ZDF lehnte wegen Tendenz und Überlänge ab. Der WDR kaufte die US-Fassung für 1,1 Millionen Mark. Dem schlossen sich die anderen ARD-Anstalten an, **ausgenommen der Bayerische Rundfunk**. Gezeigt wurde die TV-Serie unter dem Titel "Der unvergessene Krieg", aber um fünf Folgen gekürzt (Original: 20 Folgen).

"Historisches Stichwort" nannte der WDR die etwa 15minütige Sendung, die einem Serienteil folgte. In ihr sollten "Experten" jede 45-Minuten-Folge kommentieren.



Burt Lancaster vor dem Lenin-Mausoleum

13 Folgen sind von einem unserer Leser bei YouTube hochgeladen worden, die 7 fehlenden gibt es in englischer Sprache (die Titel der einzelnen Folgen siehe weiter unten).

http://www.youtube.com/user/RoterSternMH#p/u/2/PXZt6_rnt_s

oder

http://www.youtube.com/watch?v=PXZt6_rnt_s

Oder einfacher: in die Suchzeile (z.B. bei Google) eingeben: RoterSternMH - YouTube

Ursprünglich für den US-Markt produziert. Drei Jahre lang arbeiteten daran die amerikanische "Air Time International" und einheimische Filmschaffende unter dem Sowjet-Regisseur Roman Karmen. Den Kommentar sprach US-Star Burt Lancaster.

Deutsche und alliierte Filmarchive hatten Material geliefert, vor allem aber sowjetische Quellen: vier Millionen Meter Film, aufgenommen von 252 russischen Kriegsberichterstatern (von denen jeder fünfte gefallen ist).

Die Dokumentar-Serie mit 20 Folgen wurde 1978 unter Mitarbeit von Burt Lancaster erstellt. Der Wiedergabe bei YouTube liegen über 30 Jahre alte VHS-Aufzeichnungen zugrunde - einige darauf zurückzuführende Bildstörungen bitten wir zu entschuldigen.

Die bei *RoterSternMH* nicht in deutscher Sprache vorliegenden sieben Folgen können (in meist 5 Teile unterteilt) auf Englisch bei YouTube angesehen werden unter: "19411945ussr".

Die Themen der einzelnen Folgen:

- | | |
|---|---|
| 01) 22. Juni 1941 | http://www.youtube.com/watch?v=Rp7gnMdSxKc&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video |
| 02) Die Schlacht um Moskau | 12) Der Kaukasus |
| 03) Die Belagerung von Leningrad | 13) Die Befreiung der Ukraine |
| 04) Nach Osten | 14) Die Befreiung Weißrußlands |
| 05) Die Verteidigung von Stalingrad | 15) Vom Balkan nach Berlin |
| 06) Überleben in Stalingrad (englisch bei 19411945ussr: The Unknown War - Survival at Stalingrad - 01-05)
http://www.youtube.com/watch?v=uQF-wP0lc70&list=PL46C36E7EC5FC8324&index=26&feature=plpp_video | 16) Die Befreiung Polens (englisch bei 19411945ussr: The Liberation of Poland 01-05)
http://www.youtube.com/watch?v=YU2p-bru-88&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video |
| 07) Die Panzerschlacht von Kursk | 17) Die Alliierten |
| 08) Krieg in der Arktis | 18) Die Schlacht um Berlin |
| 09) Luftkrieg (englisch bei 19411945ussr: The Unknown War - War in the Air 01-05)
http://www.youtube.com/watch?v=m5hutxQeNbY&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video | 19) Die letzte Schlacht des unbekanntes Krieges (englisch bei 19411945ussr: The Last Battle of the Unknown War 01-04)
http://www.youtube.com/watch?v=vWrJ_Pb3Y6w&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video |
| 10) Die Partisanen (englisch bei 19411945ussr: The Partisans 01-05)
http://www.youtube.com/watch?v=fAnBt3gW_5M&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video | 20) Ein Soldat des unbekanntes Krieges (englisch bei 19411945ussr: A Soldier of the Unknown War 01-05)
http://www.youtube.com/watch?v=wERL358GwLA&feature=BFa&list=PL46C36E7EC5FC8324&lf=plpp_video |
| 11) Seekrieg (englisch bei 19411945ussr: The Battle of the Seas 01-05) | |

“Die Diktatur des Proletariats aber, d.h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse, um die Unterdrücker niederzuhalten, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, und es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.” (W.I. Lenin)